

5.3 Das (Stadt-)Parlament der Dinge

5.3.1 Den Fabrikateuren der Stadt auf die Finger schauen

Die von Latour in »Das Parlament der Dinge« (Latour 2010b) entfaltete Argumentation nimmt ihren Ausgangspunkt bei der These, dass es sich bei der Trennung von »Natur und Politik« (ebd.: 11) um eine sich »als unhaltbar erweisende Unterscheidung« (ebd.: 17) handelt. Die »Dichotomien von Mensch und Natur, Subjekt und Objekt« gilt es »wie ein Maulwurf zu untergraben« (ebd.: 11). Problematisch an diesen Unterteilungen ist, dass sich auf ihrer Grundlage eine moderne »Gewaltenteilung« (ebd.: 27, Herv. i. O.) zwischen »zwei Kammern« (ebd.: 26, Herv. i. O.) etabliert hat: In der ersten sind die »sprechenden Menschen versammelt« (ebd.). Hier betritt man die Agora im herkömmlichen Sinne und mit ihr die menschliche Welt »des Sozialen, des öffentlichen Lebens, der Politik« (ebd.: 22). In der zweiten Kammer herrscht dagegen »das Schweigen der Realität« (ebd.: 27). Hier trifft man auf die von Wissenschaftlern versammelten natürlichen Dinge, die nichts mit der Menschenwelt zu tun haben. Eine Trennung zwischen Wissenschaft und Politik ist entstanden, die »wissenschaftliche Fakten« der einen und »ästhetische, politische, ökonomische und moralische Werte« (ebd.: 12) der anderen Seite zuordnet.

Latour lässt dieser Ausgangsposition zwei weitere Argumentationsschritte folgen, die zugleich herausstellen, was genau an dieser modernen Verfassung korrekturbedürftig ist. Unhaltbar ist das »Zweikammer«-System (Latour 2010b: 69) zum einen, weil von den beiden Versammlungen »nur eine ihren politischen Charakter eingesteht« (ebd., Herv. i. O.). Die Wissenschaftler meinen, sich dem sozialen Reich menschlicher Politik »entwinden« zu können, um in einer wertneutralen Zone den objektiven »Zugang zu Wahrheiten« (ebd.: 23) zu suchen. Latour hält es jedoch mit William James: »Rein objektive Wahrheit [...] ist nirgends zu finden. [...] Der Schlangenschweif des Menschlichen haftet an jeglichem Ding.« (James 1994: 33) Nicht nur erweisen sich die wissenschaftliche Praxis und die durch sie fabrizierten Objekte beim genaueren Hinsehen als unhintergebar heterogen. Das »nahtlos ineinander übergehende Gewebe ›Natur/Kultur‹« (Latour 2008a: 14) erlaubt es zudem nicht, eine Trennung dort einzuführen, wo überall nur Verstrickungen und Verbindungen sind. Die Wissenschaftler sind daher auch nicht dazu berechtigt, die politische Öffentlichkeit vor den Türen ihrer Kammer bzw. ihrer Laboratorien Halt machen zu lassen, da es so etwas wie »reine« Wissenschaft nicht gibt. Untergraben werden muss das Zweikammer-System zum anderen, weil die Wissenschaftler durch den »Rückgriff auf eine unbestreitbare Natur« (Latour 2010b: 22, Herv. i. O.) die Agora zu leeren in der Lage sind: Ausgerüstet mit »nicht von Menschenhand geschaffenen Gesetzen« und einer Reihe »unbestreitbarer Wissenschaftsresultate« (ebd.: 23) fallen sie in die andere Kammer – die Agora menschlicher Politik – ein, um dort mit Verweis auf Fakten »das endlose Geschwätz der Unwissenden zum Schweigen zu bringen« (ebd.) und »zur Beendigung der nie enden wollenden sozialen Auseinandersetzungen« (ebd.: 24) beizutragen. Die Wissenschaftler halten ihre Objekte für unpolitisch, machen aber mit der Natur Politik – ein »Trumpf«, der dazu führt, »die Demokratie zu verunmöglichen, indem er sie neutralisiert« (ebd.: 27).

Die Trennung zwischen Natur und Politik wird von Latour nun durch das veränderte Verständnis von Objekten aufgelöst: Wenn die tatsachenartigen Objekte der Modernen

sich unter nichtmodernen Bedingungen in umstrittene Dinge verwandeln, wird ihnen damit ihre quasi-naturnotwendige Unantastbarkeit genommen. Von der Nichtmoderne geht insofern ein »dingstürmerischer Funke« (Sloterdijk 2010: 19) aus, als »neutrale Tatsachen in uns angehende Sachen umgewandelt werden« (Latour 2009a: 357). Die modernistischen »Objekte« sind als »Dinge« öffentliche Angelegenheiten, bei denen auch die in der ersten Kammer versammelten Menschen mitzureden haben. Dinge sind politisch, daher muss man auch inspizieren, was die Wissenschaftler in ihren Laboratorien tun. *Making Things Public* bezieht sich als Slogan also auch auf »die *Forderung nach Öffentlichkeit*« (Latour 2010b: 150, Herv. i. O.), die »an die Stelle der durch den alten Naturbegriff autorisierten Heimlichkeit [tritt]« (ebd.). Die politische Öffentlichkeit zieht in die Laboratorien und andere Fabrikationsorte ein – etwa in die »Hinterzimmer«, in denen darüber entschieden wurde, welche Bäume auf dem Olivaer Platz zu fällen sind³³, oder in die »smoke-filled rooms« (Star/Lampland 2009: 13), in denen Entscheidungen über Standards getroffen werden, die ebenso diskriminierend sein können wie Brücken oder Mülltonnen.³⁴

Die Öffentlichmachung des Innenlebens der Fabrikationsorte ist dabei umso dringlicher und gebotener, als es sich bei wissenschaftlich-technischen Innovationen um Hybride handelt, die »nicht beherrschbar« (vgl. Latour/von Thadden 2000, o. S.) und – wie Latour in Übereinstimmung mit Ulrich Beck argumentiert – mit Risiken und Nebenwirkungen verbunden sind (vgl. ebd.). Gefährlich sind sie vor allem dann, wenn man ihnen (wie Dr. Frankenstein seinem Monster) den Rücken zukehrt und wenn die Hybridisierung »sich völlig ungeregelt vollzieht« (Latour 2010b: 17). Die Hybride muss man »sozialisieren« (Latour/von Thadden 2000, o. S.), und das heißt: einer Aufsicht und Kontrolle und vor allem »der demokratischen Entscheidung [...] unterziehen.« (Ebd.) Im Parlament der Dinge, das über den Eintritt der Objekte in das Kollektiv entscheidet (vgl. Latour 2010b: 140ff.), steckt im Kern also der auch bei Beck zu findende Gedanke einer notwendigen Reflexion auf die schädlichen Folgen einer »Weiter-So-Modernisierung« (Beck 1986: 23), die vor allem deshalb ungehindert an Fahrt aufnehmen konnte, weil die Modernen Politik und Wissenschaft in zwei getrennten Kammern untergebracht haben. Die Wissenschaftler, als Urheber der Hybride, muss man ebenso »demokratisieren« (Latour/von Thadden 2000, o. S.) wie die Objekte: Man kann sie nicht einfach »ihre Arbeit fortsetzen lassen« (ebd.), ohne ihnen gleichsam auf die Finger zu schauen:

33 Die Baumfällung auf dem Olivaer Platz war Anlass für einen Missbilligungsantrag der Opposition gegen den zuständigen Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung. Der Vorwurf (und die Formulierung), die Entscheidung über die Bäume sei im »Hinterzimmer« gefällt worden, stammt aus diesem Antrag (vgl. o. V. 2018b).

34 Star und Lampland nehmen eine kritische Haltung insbesondere gegenüber dem »pseudo-inclusive generic« (Star/Lampland 2009: 22) von Standards ein. Standardisierung ist für sie kein neutraler technischer Vorgang, sondern eine Form von »moral inscribing« (ebd.: 8), die es im Rahmen einer an Foucault angelehnten Archäologie (vgl. ebd.: 14) aufzudecken gilt. Kurzum: Hier werden durch die sozialwissenschaftliche Erforschung von Standards »black boxes« (ebd.: 9) geöffnet, um deren politischen Inhalte zum Vorschein zu bringen. Ihr Hauptargument ist dabei, dass Standards Diversität einschränken und beispielsweise durch binäre Antwortmöglichkeiten auf bürokratischen Formularen wie »male/female« oder »Married« (answer/yes/no« (ebd.) eine willkürliche soziokulturelle Ordnung normativ festschreiben (vgl. ebd.: 8f., 14f.).

»Die Hälfte des öffentlichen Lebens ist in den Laboratorien zu suchen.« (Latour 2010b: 101)

Das »Parlament der Dinge« ist von der Idee her von der ökologischen Krise inspiriert (vgl. Latour 2010b: 32ff.) und auf »riskante« (ebd.: 37, Herv. i. O.) Dinge gemünzt.³⁵ Der Städtebau scheint gegenüber Risikotechnologien mit potentiell katastrophischen Nebenfolgen weit weniger »von Belang« zu sein. Ein Atomkraftwerk zu bauen oder ein Pestizid zuzulassen hat nicht dieselbe Tragweite, wie einen neuen Poller auf der Straße aufzustellen (um es absichtlich ein wenig überspitzt zu formulieren). Und dennoch lässt gerade die Stadt den prinzipiellen Grundgedanken von »Das Parlament der Dinge« unmittelbar einleuchtend und plausibel erscheinen: Der gebaute Stadtraum scheint als Artefakt dem Sozialen weit weniger entrückt als die Objekte der Wissenschaft und Technik. Oder anders formuliert: Im Bereich des Städtebaus und der Stadtplanung liegt offensichtlicher zu Tage, dass die bauliche Umwelt sich auf die Lebensqualität und die sozialen Beziehungen der Stadtbewohner auswirkt und dass man deswegen die Praxis der Planer öffentlich machen muss. Die bereits politisch eingeforderte und institutionalisierte Beteiligung der Bürger und Betroffenen in städtebaulichen Angelegenheiten geht zurück auf die »Überzeugung, daß man die Planer und die Verwaltung nicht einfach ohne jegliche Mitwirkung machen lassen könne, was sie wollen.« (Häußerman/Siebel/Läpple 2008: 271f.) Um nochmal die Baumetapher heranzuziehen, die dann durchaus auch wörtlich gemeint ist: Man darf die Akteure nicht einfach drauflos bauen lassen. Es bedarf zum Mindesten einer Bauaufsicht, wenn nicht sogar einer Verträglichkeitsprüfung von Bauvorhaben (etwa bei Belangen des Naturschutzes), die – indem sie klärt, welche Akteure von einem neu einzuführenden Objekt potentiell betroffen und damit zu berücksichtigen sind – in einem recht trivialen Sinne veranschaulicht, welche Fragen die »zwei neue[n] Versammlungen« (Latour 2010b: 17) im Parlament der Dinge zu klären haben, nämlich: »Wie viele sind wir?« und [...] »Können wir zusammen leben?« (Ebd.) Doch gerade die Trivialität des Anwendungsbezug macht deutlich, was Latour meint, wenn er behauptet, er sei gar nicht so revolutionär, die ANT müsse lediglich »konzeptionell nachholen, was schon geschieht.« (Latour/von Thadden 2000, o. S.) »Vorsicht« (ebd.) ist nichtsdestotrotz auch bei den weniger riskant anmutenden Dingen des Städtebaus geboten, bei dem es zwar nicht um Atomkraftwerke, so doch aber auch nicht um das »Design von Porzellantassen« (Burckhardt 2006b: 337) geht. Planung hat es mit »Mißständen« (ebd.: 336) zu tun, die im Rittel'schen Sinne böseartig sind und sich nicht ohne weiteres beheben lassen (vgl. ebd.). Dem Planer bleibt gleichsam nur das »Verteilen« (ebd.: 337) von schädlichen Wirkungen: Die »Eingriffe« der Planer »beseitigen nicht den Übelstand, sondern sie verteilen Nutzen und Schaden anders. Also: Die Autofahrer müssen bremsen, die Schulkinder dürfen rüber. Irgend jemand wird bevorzugt und irgend jemand wird benachteiligt. Die meisten designerischen Lösungen sind eben Bevorzugungen und Benachteiligungen von Bevölkerungsgruppen.« (Ebd.) Eine derartige Verteilungspolitik erfordert daher auch die Möglichkeit einer Einsicht in die »Hinterzimmer« der Planer. Auch an anderer Stelle heißt es, dass »alles, was Stadtplanung plant, [...] irgendwelchen Leuten Vorteile und anderen Nachteile [bringt]«

35 Latour nimmt in diesem Zusammenhang explizit Bezug auf Ulrich Becks »Risikogesellschaft« (vgl. Latour 2010b: 315, Anm. 18).

(Burckhardt 2004c: 122). In die Entscheidungen der Planer sind damit unweigerlich »deontische Fragen, solche des Risikos, der Zumutbarkeit, der Umweltschädigung, der Leidensverteilung« (ebd.: 128) eingelassen, wobei Burckhardt (genauso wie Latour) darauf aufmerksam machen will, dass das »Technische und das Deontische [...] bis in die letzten Fasern miteinander verknüpft [sind].« (Ebd.: 122) Die Latour'sche Argumentation vorwegnehmend, kritisiert Burckhardt die Polytechniker (und vor allem die Stadtplaner) dafür, dass sie sich aus der politischen Verantwortung stehlen (vgl. ebd.: 121), und zieht die Konsequenz, dass »die saubere Aufteilung des deontischen und des technischen in politisch verantwortete und technisch verantwortete Beschlüsse unmöglich [ist].« (Ebd.: 122)

Dass die Einführung technischer Objekte einer demokratischen Entscheidung zu unterziehen ist, folgt auch aus der *Artifacts have Politics*-These. Die Idee, die hinter dem Parlament der Dinge steht, ist bei Winner bereits vorgedacht: Er will Bewusstsein dafür schaffen, dass die brisanten Belange einer Gesellschaft nicht nur in den »institutions and practices of politics proper« (Winner 1989b: 29) entschieden werden, sondern auch, »less obviously, in tangible arrangements of steel and concrete, wires and semiconductors, nuts and bolts.« (Ebd.) Gerade weil die Artefakte eine Politik haben, muss sich jede Gesellschaft angesichts einer technischen Neuerung die »yes or no«-Frage stellen, »whether or not the thing is going to join a society as a piece of its operating equipment.« (Ebd.: 27) Die Öffentlichkeit sollte Einblick in die Prozesse nehmen, in denen über die Beschaffenheit technischer Artefakte entschieden wird (vgl. ebd.: 28). Auch Winner bemängelt also das Zweikammer-System, wenn er der Gesellschaft attestiert, unter einer Art »technological somnambulism« (Winner 1989a: 10) zu leiden, da sie die Herstellung technischer Artefakte und die Bestimmung ihrer Funktionsweise als eine Domäne begreift, die allenfalls für Erfinder, Techniker und Ingenieure von Interesse ist (vgl. ebd.: 5). Indem wir aber den Wissenschaftlern und Ingenieuren das Feld überlassen, »we [...] willingly sleepwalk through the process of reconstituting the conditions of human existence.« (Ebd.: 10)

Auf dieselbe Auflösung des Zweikammer-Systems zielt daher auch die Forderung, die Infrastrukturen der Stadt »nicht allein ›technisch‹« (Beveridge/Nauman 2017: 68) und damit als »politisch ›neutral‹« (ebd.) zu verstehen. Mit zwei Kammern hat man es zu tun, wenn man Stadtpolitik als »a human-only politics« (Amin/Thrift 2017: 85) begreift, von der Infrastrukturen ausgenommen werden, weil es sich hierbei angeblich um »the preserve of engineer's only« (Graham 2012: 14), »the technocratic ›engineer's stuff‹ configured in value-free ways« (ebd.) handelt. Mit dieser Infragestellung der Autorität des technokratischen Expertentums wird zugleich die »Demokratie als Bauherr« (Schneider 1994: 32) auf den Plan gerufen – eine neue Rollenzuweisung, der durchaus auch mit Skepsis begegnet wird: »Demokratie als Bauherr kann doch nicht bedeuten, daß die Mehrheit darüber entscheidet, wie das zukünftige Gesicht eines Platzes oder eines Straßenzuges aussieht. Die Befähigung, das Gesicht eines Platzes zu bestimmen, setzt einfach zuviel Sachverstand und Erfahrung voraus.« (Ebd.: 32) Auch wenn Städtebau (und Platzgestaltung) »nicht den Experten überlassen« (ebd.: 33) werden könne, befürchtet Schneider dennoch eine »Überforderung des Bürgers« (ebd.: 32). Konsequenterweise gedacht, erfordert die objektorientierte Demokratie auch »den qualifizierten Bürger, den Bürger-Experten, der sich so weit wie möglich sachkundig gemacht hat.«

(Ebd.: 33) Latour beschwört in »Das Parlament der Dinge« allerdings weniger den sachkundigen Bürger. Die Aufgabe der »Rettung der Welt« (Lindemann 2008) fällt vielmehr einer »Spezialistenschar« (ebd.: 357) zu, die über Fragen der Aufnahme und Kompatibilität entscheiden (vgl. ebd.). Die »Berufsstände« (Latour 2010b: 179ff.) – Wissenschaftler, Politiker, Ökonomen, Moralisten³⁶ – übernehmen die Arbeit der politischen Repräsentation, allerdings »nicht im Auftrag des ›Volkes‹, sondern als Repräsentanten des Kollektivs als Ganzem.« (Lindemann 2008: 357) Der Fürsprecher für die Bäume auf dem Olivaer Platz, über den sich die Bäume »zu Gehör [bringen]« (Latour 2010b: 206), ist nicht der normale Bürger, sondern ein Landschaftsarchitekt und »Sachverständige[r]« für öffentliche Stadtplätze und Grünanlagen, der in einem Gutachten fachkundig über die schädlichen Auswirkungen der geplanten Umgestaltungsmaßnahmen auf den Wurzelbereich erhaltungswürdiger Bäume spricht.³⁷

Auch wenn Latour also eine Art »Expertokratie« (Lindemann 2008: 357) vor Augen zu haben scheint, so legt er der Macht der Experten doch auch Beschränkungen auf, da diese nun nicht mehr mit Natur Politik machen dürfen (vgl. Latour 2010b: 41ff.). Für diesen zweiten Teil der Argumentation, bei dem es nicht mehr um das Öffnen der Türen der Fabrikationsorte der Stadt, sondern um das Zum-Schweigen-Bringen der Agora durch den Gebrauch unumstrittener Tatsachen geht, kann ebenso ein Stadtbezug angeführt werden: Leonie Sandercock formuliert eine Kritik des »modernist planning project« (Sandercock 1998: 2), wobei sie vor allem »the heroic image of planning history« (ebd.: 7) entzaubert wissen will. Sie stört sich an dem Fortschrittsnarrativ, das die Stadtplanung als progressives, emanzipatorisches Projekt definiert (vgl. ebd.: 2ff.): »Planning itself is the real hero, battling foes from left to right, slaying dragons of greed and irrationality and, if not always triumphing, at least always noble, always on the side of angels.« (Ebd.: 4) Der offiziellen Geschichtsschreibung zufolge ist Planung »the voice of reason in modern society, the carrier of the Enlightenment mission of material progress through scientific rationality.« (Ebd.: 2) Während Sandercock jedoch im Weiteren zu einer »noir side of planning history« (ebd.: 12) übergeht, die die Praxis der Planer als eine der Machtausübung, sozialen Kontrolle, rassistischen Diskriminierung und Segregation beschreibt (vgl. ebd.: 2, 4, 8), knüpft die Latour'sche Argumentation in ganz anderer Hinsicht an die Kritik des (Planer-)Helden an: Unhaltbar wäre demnach vor allem, dass die Planer sich auf *scientific rationality* und mit ihr auf die »unbestreitbare Gesetzgebung wissenschaftlicher Gesetze« (Latour 2010b: 23) berufen. Wissenschaft und Technik werden zur unanfechtbaren Grundlage, mit der Planer ihre Vorstellung eines öffentlichen Wohls durchsetzen (vgl. Graham 2012: 202) – unter Umgehung des »Geschwätzes« auf der Agora: »It is assumed that planners know or can divine ›the public interest‹ and possess an expertise that ought to prevail (in a rational society) over politics.« (Sandercock 1998: 4) Die »Doppelklick«-Rationalität des Planers, die sich auf

36 Den »Moralisten« (vgl. Latour 2010b: 219ff., Herv. i. O.) fällt dabei die Aufgabe zu, dem Kollektiv »Zugang zu seinem Außen« (ebd.: 202) zu verschaffen: Sie machen aufmerksam »für alles Externalisierte« (ebd.: 294) und ermöglichen es den »aus dem Kollektiv Ausgeschlossenen« (ebd.: 202), »Berufung einzulegen« (ebd.: 201). Moral wird hier also eindeutig im Kontext von Inklusion und Exklusion thematisiert.

37 Vgl. [www.buergerinitiative-olivaer-platz.de/mobile/\(abgerufen am 30.08.20\)](http://www.buergerinitiative-olivaer-platz.de/mobile/(abgerufen am 30.08.20)). Das Gutachten des Landschaftsarchitekten ist auf dieser Seite als Dokument abrufbar.

die Wissenschaft als Quelle von »Gewißeiten« (Latour 2014: 230) beruft, ist ein »politischer Gebrauch der Vernunft« (ebd.: 229f.), der Fausthieb auf den Tisch, mit dem der Diskussion auf der Agora ein Ende gesetzt wird (vgl. ebd.: 230). Mit der Auflösung der Trennung zwischen beiden Kammern verliert der Fausthieb aber seine Wirkung: Der »heroischen Figur des Philosophen-Wissenschaftler[s] [...], der gleichzeitig als Gesetzgeber und Retter auftritt« (Latour 2010b: 23), wird die Grundlage entzogen. Die Praxis des Planers, seine an »objektiven« Kriterien ausgerichteten Eingriffe in die Stadt, werden zur Verhandlungssache wie andere epistemische Objekte und technologische Innovationen auch.

5.3.2 *Disassembling Cities* – Die riskante Halsstarrigkeit der Objekte

Eine mit dem Parlament der Dinge verbundene »Ethik« (Latour 2010b: 201) besteht darin, den politischen Prozess als die permanente »Wiederaufnahme der Arbeit des Sammelns« (ebd.: 202) zu begreifen. Vor allem »die beiseite gelassenen Entitäten [werden] mit dem Recht versehen, Berufung einzulegen, wenn sie im Namen ihrer (provisorischen) Unbedeutendheit aus dem Kollektiv ausgeschlossen wurden.« (Ebd.: 201) Die »Ausgeschlossenen« (ebd.: 202) werden mit einem »unveräußerlichen Asylrecht« (ebd.: 205) versehen, das ihnen den »Wiedereintritt« und ihre »Integration« (ebd.: 202) zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht stellt. Die »Wiederaufnahme des politischen Kreises« (Latour 2014: 610) ist eine nicht stillzustellende Bewegung, eine »Umhüllungsgeste, die stets wiederaufzunehmen ist.« (Ebd.: 470) Auch wenn Politik bei Latour sowohl »einschließen« als auch »ausschließen« (ebd.: 469, Herv. i. O.) kann und »eine Addition oder Subtraktion in der Liste der Entitäten [vornimmt], denen eine legitime Rolle in der Welt zukommt« (Latour 2010a: 99), so liegt der Schwerpunkt in Latours politischer Philosophie dennoch auf der sammelnden Bewegung, »die Einschlüsse multipliziert« (Latour 2014: 469). Dabei geht es keineswegs nur darum, den menschlichen Ausgeschlossenen wieder »Gehör« (Latour 2010b: 206) zu verschaffen, indem etwa mit »class, gender, race« (Sandercock 1998: 28) auch die unsichtbar gebliebenen Segmente der urbanen Gesellschaft auf Gleichbehandlung und Berücksichtigung durch die Planer drängen. Das Parlament der Dinge ist auch eine »Umarmungsstrategie« (Schroer 2008: 376), »eine gigantische Integrationsanstrengung« (ebd.: 377) den Dingen gegenüber.

Das Problem des Ausschlusses von Dingen ist aber mitunter ein genauso relevantes Problem wie das ihres Einschlusses. Der städtebauende, vorsichtige Prometheus muss das »Vorsorgeprinzip« (Latour 2009a: 359; vgl. auch Latour 2014: 539, 620) walten lassen, weil man die Dinge, wenn sie erstmal versammelt wurden, nicht ohne weiteres wieder los wird. Die baulichen Eingriffe des Stadtplaners ziehen Langzeitfolgen nach sich, die weit weniger »provisorisch« und weit mehr »irreversibel« sind, als es den Planern lieb ist. Man darf die »malleability« (Hommels 2001: 139) des gebauten Raums nicht überschätzen, in dem sich die Überbleibsel vergangener Epochen nicht selten als halsstarrige Hindernisse dem Versuch entgegenstellen, gestalterische Veränderungen vorzunehmen: »[O]nce in place, urban structures become fixed, obdurate« (ebd.). Hommels Beispiel ist eine in den 1950er Jahren gebaute und nah am Stadtzentrum vorbeiführende Schnellstraße, die seit Jahrzehnten hartnäckig und unverändert noch an genau derselben Stelle verläuft – trotz der wiederholten Umgestaltungs- und Verle-

gungspläne seitens der Behörden und der Anwohner (vgl. ebd.: 140ff.). Die starrsinnige Schnellstraße hat ihrer Demontage erfolgreich Widerstand geleistet.

Dass das einmal in die bauliche Umwelt eingefügte Artefakte nur unter erheblichem Aufwand und hohen Kosten wieder entfernt oder verändert werden kann (vgl. Gieyrn 2002: 44), stellt ein Problem für den moralischen Anspruch dar (vgl. Latour 2010b: 219ff.), dass alles, was »schlecht gemacht« wurde, »sofort wieder neu aufgenommen werden muß« (ebd.: 201, Herv. i. O.) Der Berufsstand der Moralisten macht auf »die Mängel der Zusammensetzung des Kollektivs« (ebd.: 294) aufmerksam, nur dass die Mängel nicht immer behoben werden können, wenn man es mit dem gebauten Stadtraum zu tun hat. Die in Beton gegossenen sozialen Interessen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden auf generationenübergreifende Dauer gestellt, wofür Latour exemplarisch das Haussmann-Wohnhaus anführt: »Through the building [...] the dead hold the living. [...] The layout of the walls still conveys the discriminations that inspired it and that no owner, no matter how generous, can now disregard.« (Latour/Hermant 2006: 73) Die widerspenstige Autobahn zeigt, dass man eben nicht, nur weil etwas zusammengebaut wurde, es auch wieder auseinanderbauen kann. Selbst »Spitzhacke und Dynamit« sind in manchen Fällen keine Option: Die vielen Bunker in Berlin beispielsweise sind »Betongrüße aus der Vergangenheit« (Clewing 1995), die sich aufgrund zu hoher Kosten und Schäden für die umliegenden Gebäude weder zersägen noch wegsprengen lassen (vgl. ebd.). Auch die *Large Technical Systems* der Stadt – Elektrizitätsnetz, Telefonnetz, Flugverkehrsnetz, Internet (vgl. Häußling 2014: 244) – sind »nicht so ohne weiteres beendbar« (ebd.). Was sie »groß« macht, ist unter anderem ihre zeitliche Ausdehnung, ihre »immense Lebensdauer« (ebd.). Der politische Gestaltungs- und Veränderungswille, der die schlecht designten Dinge reklamieren und zur Revision freigeben will, setzt letztlich einen Städtebau voraus, dessen Architektur von vornherein auf eine »beschränkte Lebensdauer« (Wagner 1985a: 106) angelegt ist:

»Jede Generation kann sich dann ihren Stadtkörper so gestalten, wie sie ihn braucht. Das gesteigerte Tempo des Lebens, die sich fast überstürzenden Neuerungen der Technik und der wirtschaftlichen Entwicklungen verlangen ohnehin eine größere Dynamik im Städtebau. Versteinerte Ewigkeitswerte können wir in unserem Zeitalter nicht mehr brauchen.« (Ebd.: 104)

Wagner spricht von einem »kurzlebigen Zeitalter« (ebd.: 107), das »Freiheit der Gestaltung, [...] ständige und nicht einmalige Erneuerung, [...] Dynamik im Auf- und Abbau aller körperlichen und geistigen Gestaltungen« (Wagner 1985b: 108) zulässt.

Das Problem der »Obduracy in Urban Sociotechnical Change« (Hommels 2008, im Titel) kehrt dagegen hervor, dass der Wandel der Institutionen (vgl. Halbwachs 2002: 71), gerade weil diese »mit den Dingen verbunden sind« (ebd.: 40f.), auch am »Widerstand der Dinge« (ebd.: 34) scheitert. Die Überbleibsel der autogerechten Stadt lassen sich nicht einfach »reklamieren« oder »zurückbauen«, auch wenn die städtebaulichen Leitlinien längst von diesem Planungsparadigma abgerückt sind. Die »Zerstörung der Stadtplätze« (Stimmann 1986: 318) durch ihre Umwandlung in »Verkehrsknoten mit Restgrünfläche« (ebd.: 319) lässt sich nicht umstandslos wieder rückgängig machen, wie die Beispiele des Breitenbachplatzes und des Bundesplatzes in Berlin zeigen: Hier haben sich jeweils eine als überflüssig geltende Autobahnbrücke und ein Autotunnel als hals-

starrig erwiesen. Die »robuste Autobahnbrücke« (Loy 2012, o. S.) aus den 1970er Jahren, die den Verkehr über den Breitenbachplatz führt, ruft bei den Anwohnern den wehmütigen Vergleich mit der »für den Spaziergänger gemachte[n] Architektur von früher« (ebd.) hervor. Der nahe gelegene Bundesplatz wird von einem Tunnel durchschnitten und bringt ebenso wie der Breitenbachplatz »Platz-Initiativen« hervor, die »festgefügte Dinge in Bewegung« bringen wollen und für Abriss bzw. Zuschüttung des Tunnels werben – ein Anliegen, mit dem sie »bei der Politik offene Türen ein[rennen]«, die sich dem Ziel der »Rückgewinnung von ›Urbanität‹« verschrieben hat (ebd.). Die Stadtbewohner haben die Politik also auf ihrer Seite, scheitern aber womöglich trotzdem an der Widerspenstigkeit der Dinge, die Hommels auf deren »embeddedness« (Hommels 2011: 144) zurückführt. Den Netzwerkbegriff der ANT führt sie dabei als eine der konzeptionellen Ressourcen an, mit der man diese auf eine Irreversibilität hinauslaufende Eingebettetheit der Dinge theoretisch fassen kann: »[T]he large and more intricate a network becomes, the more difficult it will be to reverse its reality« (ebd.). Dass Assoziieren ruft als Kehrseite die Dissoziation als Problem hervor. Zu den »haarigen Objekten« (Latour 2010b: 40), bei denen man es im Gegensatz zu den »risikolosen, kahlen Objekten« (ebd.: 37) immer mit nebenfolgenreichen »Verwicklungen« (ebd., Herv. i. O.) zu tun hat, kommen die halsstarrigen Objekte hinzu, die sich – einmal versammelt und in die Netze eingefügt – nicht so leicht wieder herauslösen lassen.

Die Widerspenstigkeit der Dinge macht aus dem »unbuilding process« (Hommels 2011: 150) bzw. dem »Unbuilding Cities« (Hommels 2008) eine ebenso große Herausforderung wie das (Auf-)Bauen der Stadt. Zum »Assembling the City« (Bender 2011: 310) kommt das *Disassembling the City* hinzu. Das Lösen von Verbindungen drängt sich hier als stadtsoziologischer Untersuchungsgegenstand genauso auf wie das Knüpfen von Verbindungen. Wie der Fotoband »Detroit Disassembled« (Moore 2010) illustriert, ist seit der Städtepleite Detroits »the politics of ›unbuilding‹ rather than building« (Graham 2004: 181) das hauptsächliche Bezugsproblem der Planer, für die nicht der Aufbau neuer, sondern das Beseitigen überflüssiger Strukturen im Vordergrund steht (vgl. ebd.).³⁸ »[A]bandoned neighbourhoods, half-built or half-ruined cityscapes, decayed infrastructure« (ebd.) sind die Überreste des finanziellen Kollaps der Stadt, die nun dem Abriss und dem Verschwinden anheimfallen. Genau dieses Verschwinden der Dinge ist aber gleichsam eine Konsequenz der Fabrikation der Dinge: Michel Callon und John Law machen darauf aufmerksam, dass die rasante Explosion von Artefakten, die aus den Laboratorien und den Entwicklungsabteilungen der Unternehmen herausströmen, notwendigerweise auch Prozesse der Elimination erzwingt (vgl. Callon/Law 2004: 5). Es geht bei der Stadtpolitik also nicht nur um Einbindung und Integration, sondern auch um das Ausstoßen von überflüssigen, veralteten und ungewollten Dingen.³⁹ Zwar ist

38 *Unbuilding Cities* verweist damit auch auf die durch schrumpfende Städte aufgeworfene Problematik: Die Planer bekommen es mit einem neuen Typus von Stadtentwicklung zu tun – »Stadtentwicklung durch Schrumpfen« (Siebel 2006: 198) –, der nicht den Neubau (vgl. ebd.: 201), sondern vielmehr »intelligentes Bestandsmanagement« (ebd.) oder gar Rückbau erfordert (beispielsweise von leerstehenden Plattenbauten im Osten Deutschlands).

39 Das Thema Müll ließe sich in diesem Zusammenhang entdecken und zu dem stadtsoziologischen Forschungsfeld einer *urban garbology* machen. Wenn Cairns und Jacobs schreiben: »We have sought out the trash of social theory« (Cairns/Jacobs 2014: 7), so meinen sie solche Autoren, die

bei Latour das Szenario mitgedacht, dass die Objekte ihre Netze verlieren und »auf der Müllhalde« oder »auf dem Schrottplatz« (Latour 1996b: 39) enden, jedoch liegt der Schwerpunkt der *Science and Technology Studies* eher auf dem Hinzuzählen der Wesen, auf den Erfindungen in den Laboratorien und damit auf der Einführung neuer Objekte. Als interessanten Forschungsstrang müsste man die zweite Seite der Medaille – das Altern und das Ende der Dinge – stärker hervorheben und beispielsweise neben der Einführung von Elektrobussen die Außerbetriebnahme des Fuhrparks an benzinbetriebenen Fahrzeugen untersuchen. Fahrverbote und blaue Plaketten wären als der politische Versuch zu analysieren, die halsstarrigen Dieselaautos von den Straßen der Stadt fernzuhalten und somit zu dissoziieren.

Dass im nichtmodernen Designzeitalter von Prometheus verlangt wird, gerade bei der Einführung neuer Objekte nach dem Vorsorgeprinzip vorzugehen und sich bei seinem Tun auf die Finger schauen zu lassen, ergibt sich also auch aus dem Umstand, dass die Flexibilität technischer Systeme (vgl. Winner 1989b: 29) – und damit auch die »Kontingenz« (Latour 2014: 569) soziotechnischer Strukturen – zum Zeitpunkt der Einführung einer neuen Technologie noch am höchsten ist und mit fortschreitender Implementierung abnimmt (vgl. Winner 1989a: 29). Die potentielle Irreversibilität gebauter Verhältnisse macht den Städtebau zu einer riskanten Angelegenheit: Das »Experiment mit der Verbauung« (Sitte 1972: 178) kann missglücken, so dass entweder alles »wieder niedergerissen«, »mit ungeheuren Kosten [...] geändert« (ebd.: 138) oder gar »stehen[ge]lassen« (ebd.: 178) werden muss. Der Fachmann steht daher in der »Verantwortung« (ebd.: 138). Es gilt: »Alles sorgsam zu erwägen« (ebd.: 179). Dabei ist gerade beim Städtebau aufgrund des experimentellen Charakters der Eingriffe das Risiko nie ganz auszuschließen: »Großstädte sind gewaltige Laboratorien, voll von Experimenten und Irrtümern, Fehlschlägen und Erfolgen in Aufbau und Planung.« (Jacobs 1963: 11) Das Risiko schleicht sich über das »Nicht-Wissen« (Beck 1996) oder auch (noch) »Nicht-Wissen-Können« (ebd.: 302) in den Städtebau und die Stadtplanung ein, das jedoch notwendiger Bestandteil der Praxis des »Experimentator[s]« (Latour 2002a: 148) ist: Genauso wie Louis Pasteur seine Milchsäure einer Reihe von Tests unterziehen muss, um wissen zu können, welche Eigenschaften dieses noch unbestimmte Objekt hat (vgl. ebd.: 140ff.), so kann auch der Städtebauer erst nach einer »Probe«, nach einem »Versuch« sagen, ob er es mit einem Akteur zu tun hat, der »einen Unterschied macht« (Latour 2010a: 123) – und welcher Unterschied das genau ist. Der Einwurf Mitscherlichs, dass »[n]och niemand weiß, was es bedeutet, ein Leben im 17. oder im 47. Stock und nicht ebenerdig gelebt zu haben« (Mitscherlich 2008: 49), impliziert, dass man das Wohnhochhaus bereits eingeführt haben muss, um in Erfahrung bringen zu können, welche »Aktion« von diesem Akteur ausgeht und wie er andere »Akteure verändert, transformiert, stört oder hervorbringt.« (Latour 2002a: 148) Die Möglichkeit der vorsorglichen Prüfung im Labor, bevor das Objekt in die Welt entlassen wird, ist dem Städtebauer also

sich dem Müll der Gesellschaft als Gegenstand widmen und wie der *garbologist* William Rathje (vgl. ebd.; vgl. Rathje/Gullen 1994) »modern society through its discards« (Cairns/Jacobs 2014: 7) verstehen wollen. Dabei wäre auch das Unvermögen zu analysieren, den Müll (ob illegaler Sperrmüll im öffentlichen Straßenraum oder Plastikrückstände im Meer) wieder loszuwerden.

nicht immer gegeben. Ihm bleibt nichts anderes übrig, als den riskanten Test im Maßstab 1:1, also im Stadtraum ›dort draußen‹ zu wagen – ein Dilemma im Hinblick auf den Anspruch, »Kontrolle« auszuüben, denn diese »kommt [...] nach der Ausführung zu spät, denn das Ding steht ja.« (Burckhardt 2004c: 122) Man weiß also selbst bei den auf den ersten Blick wenig gefährlich anmutenden städtebaulichen Dingen nicht, welche negativen Effekte sich »über die Hintertreppe der Nebenfolge« (Beck 1986: 15, Herv. i. O.) einstellen werden.

Der vorsichtige Prometheus unterscheidet sich aber von Dr. Frankenstein dadurch, dass er seinem Monster nicht den Rücken zuwendet (vgl. Latour 1996a: 248f.). Anstatt die Monster aus den Laboren zu jagen (vgl. ebd.: 249) und die gestalterischen Ambitionen angesichts der Fehlschläge und negativen Technikfolgen einzudämmen, muss man sich den Objekten zuwenden: »It is not our creative power we need to curtail; it is our love that we need to extend« (ebd.). Zur »Vorsorge« (Latour 2014: 620) kommt die »Fürsorge« (ebd.: 343, Herv. i. O.) hinzu, die zur neuen Handlungsmaxime für den vorsichtigen Prometheus wird (vgl. Latour 2009a: 359). Im Zentrum von Latours Designtheorie steht ein Achtsamkeitsmotiv, das die Mahnung enthält, dass man sich um die Dinge »kümmern« und sie »wertschätzen« muss, wenn sie nicht »verschwinden« sollen (Latour 2014: 343). Latour rückt damit genau die gegenteilige Problematik in den Vordergrund: nicht die Beharrlichkeit der Netze, sondern ihren konstanten Bedarf an *care* und *maintenance*.

5.4 Ein fürsorglicher Latour – Institutionenkritik im Zeichen von *care* und *maintenance*

5.4.1 Urbaner Verfall – oder: Die Fragilität beharrlicher Dinge

Latour ersetzt »die oft verzweifelte Suche nach einer Substanz, einer Garantie« (Latour 2014: 414), die »Suche nach Grundlagen« (ebd.: 240), durch die differenzphilosophische Vorstellung einer »riskanten Subsistenz« (ebd.: 433, 427) der Existierenden, deren »Kontinuität im Sein« (ebd.: 162) stets über »Diskontinuitäten« (ebd.: 382f.) verläuft. Im Gegensatz zum »Fundamentalismus« (ebd.: 392ff.), der das Sein auf sicherstellenden Transendenzen gründet, stattet Latour die Trajektorie der Wesen mit »ausreichend Ungewißheiten« aus, »damit stets sichtbar bleibt, daß ihre Instauration scheitern könnte« (ebd.: 239). Die Möglichkeit des »Misslingens« (ebd.: 103) ist stets gegeben. Thomas Scheffer zufolge liegt Latours Anthropologie der Modernen trotz dieser Betonung des Risikos ein »Gelingensbias« (Scheffer 2016: 115) zugrunde. Ungeachtet des Insistierens auf dem ereignishaften Charakter der Existierenden werde der Stabilität der Vorzug gegeben: Prozesse gerinnen letztlich doch zu festen Strukturen (vgl. ebd.), was Scheffer anhand der Gasleitungsanalogie illustriert: »So als sei das Netzwerk ein Rohrsystem, eine Infrastruktur, die das zwanglose Funktionieren der Geschäfte garantiert. Hier wurde in die Stabilität des Netzwerkes ausgiebig investiert. Die Existenzweise wirkt.« (Ebd.) In »Existenzweisen« liegt der Fokus demnach auf dem Erfolg und nicht auf dem Scheitern. Funktionierende Infrastrukturen und ihre Wartung sind der Normalfall. Die Existierenden nehmen die riskanten Hürden, die sich ihrer vom Misslingen bedrohten